

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

111. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 27. Mai 2004

Zusatztagesordnungspunkt 8:

Antrag der Abgeordneten Gernot Eler, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Rainer Arnold, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Winfried Nachtwei, Dr. Ludger Volmer, Volker Beck (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN: **Fortsetzung und Anpassung der Arbeit der Internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo** (Drucksache 15/3204)

10076 A

in Verbindung mit

Zusatztagesordnungspunkt 9:

Antrag der Abgeordneten Dr. Friedbert Pflüger, Dr. Christian Ruck, Christian Schmidt (Fürth), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU: **Der Kosovopolitik eine Perspektive geben**(Drucksache 15/3188)

10076 B

Petra Pau (fraktionslos):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zuweilen sind alle Augen auf den Papst gerichtet. Aber die wenigsten Botschaften des Papstes finden Gehör, selbst die richtigen nicht. Deshalb möchte ich heute in dieser Debatte Papst Johannes Paul II. zitieren. Er sagte:

Das 20. Jahrhundert hinterlässt uns als Erbschaft vor allem eine Mahnung: Kriege sind häufig Ursachen weiterer Kriege, weil sie tiefe Hassgefühle nähren, Unrechtssituationen schaffen sowie die Würde und Rechte der Menschen mit Füßen treten. Sie lösen im Allgemeinen die Probleme nicht, um deretwillen sie geführt werden. Daher stellen sie sich, außer dass sie schreckliche Schäden anrichten, auch noch als nutzlos heraus.

So weit der Papst.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Die PDS im Bundestag findet: Wo der Papst Recht hat, da hat er Recht.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Das trifft auch mit Blick auf den Kosovokrieg zu. Wir waren dagegen und wir bleiben dagegen.

Ich möchte Sie daran erinnern: Der im Frühjahr 1999 begonnene Krieg der NATO war ein Angriffskrieg. Er wurde unter **Bruch des Völkerrechts** geführt. Er hat dazu beigetragen, dass sich in der Alltagssprache das schlimme Wort vom Kollateralschaden etabliert hat. Probleme gelöst hat dieser Krieg aber nicht.

Für die Bundesrepublik stellte das Kosovomandat eine tief greifende Zäsur dar. Erstmals nach 1945 wurden deutsche Soldaten in einen Krieg geschickt, durch Rot-Grün und als Vorboten einer Strategie, die auf weltweite militärische Einsätze zielt. Das werden wir heute auch im Nachhinein nicht legitimieren.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Übrigens: Wir werden auch die windigen Wendungen nicht vergessen, mit denen der damalige Verteidigungsminister Scharping versuchte, den Krieg zu begründen. Wer dagegen war, wurde von Bundeskanzler Schröder ganz schnell als „fünfte Kolonne Moskaus“ diffamiert. Scharping stolperte derweil, die Probleme auf dem Balkan sind allerdings geblieben.

(Winfried Nachtwei [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Auf die Sie offenbar keine Antwort haben!)

Es gibt **Parallelen** bei den Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Auf diese Parallelen möchte ich hinweisen:

Erstens. Der Marschbefehl war sehr schnell erteilt. Meist wird er ebenso flink erweitert und verlängert. Was fehlt, ist ein glaubwürdiges Ausstiegsszenario. Ich vermute inzwischen, dass es keines gibt. Jedenfalls ist mir keines bekannt.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Die Bundesregierung hat auch heute in dieser Debatte nicht den Versuch unternommen, ein solches vorzulegen, weder für den Balkan noch für Afghanistan.

(Winfried Nachtwei [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Erst Stabilisierung, dann Ausstieg!)

Zweitens. Die nutzlosen und, wie der Papst meint, schädlichen Kriege verschlingen horrenden Summen. Allein der NATO-Luftkrieg gegen Jugoslawien verschlang 15 Milliarden Euro. Er richtete Schäden von etwa 50 Milliarden Euro an. Die Stationierung der Truppen im Kosovo hat bislang 30 bis 35 Milliarden Euro gekostet. Das macht zusammen insgesamt 100 Milliarden Euro. Sagen Sie mir, wann und wo auf dem Balkan 100 Milliarden Euro in zivile und humanitäre Projekte investiert wurden!

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Sie werden es nicht können, weil das Pendel der aktuellen Politik immer mehr zugunsten des Militärs ausschlägt.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])